

Rede von Ursula Nonnemacher

Ursula Nonnemacher spricht zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zu dem Abkommen über die Errichtung und Finanzierung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf“

- Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede!

Fast zwei Jahre nach unserem - gemeinsam mit der CDU - gestellten Antrag wird der Öffentliche Gesundheitsdienst in Brandenburg gestärkt. Gut so, denn der ist genau dort, wo die Menschen Gesundheitsdienstleistungen benötigen: In der Kommune, vor Ort. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in multiprofessionellen Teams zusammen und sind somit fachlich breit aufgestellt. Sie kennen sich in der Region aus, sie wissen um Besonderheiten und auch um Angebote. Sie spannen ein Hilfenetz auf: Aus und um Kitas und Schulen, Kommunalpolitik, Jugendhilfe, Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge, Krankenkassen, sowie ambulanter und stationärer Versorgung.

Gerade in einem Land, in dem fast 16% der Menschen von Armut bedroht sind, sollten wir uns des Zusammenhangs von chronischen Erkrankungen und der sozioökonomischen Lage bewusst sein. Und gerade für ärmere Menschen sind Angebote des Öffentlichen Gesundheitsdienstes oft der einzige Zugangspunkt zur

Gesundheitsversorgung. Wir tragen für diese Menschen, insbesondere für arme Kinder, eine besondere Verantwortung. Wir müssen Angebote finanzieren, die ihre schlechteren gesundheitlichen Chancen ausgleichen.

Die Aufgaben des im Öffentlichen Gesundheitsdienstes sind also riesig. Die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch. Ganz klar ist: Für diesen wichtigen Job brauchen die Beschäftigten Unterstützung. Richtig viel davon erhalten sie bisher nicht. Die personelle und finanzielle Ausstattung ist hinsichtlich der gestellten Aufgaben unzureichend. Die Gehälter sind vergleichsweise unattraktiv. In einer Anhörung im Gesundheitsausschuss wurde zudem deutlich, dass vor allem auch das Fortbildungsangebot bislang inadäquat ist. Dabei erhöhen hochwertige Weiterbildungsmöglichkeiten die Attraktivität von Arbeitsplätzen. Mehr noch: Von gut weitergebildeten Ärztinnen, Sozialarbeitern, Zahnärztinnen und Psychologen profitieren die Menschen in den brandenburgischen Kommunen!

Die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf bietet seit Jahrzehnten Fort- und Weiterbildungen für Beschäftigte im Öffentlichen Gesundheitsdienst an. Mehrere Bundesländer haben sich dort bereits zusammengeschlossen. Wir sind überzeugt, dass damit eine hohe Fachlichkeit gegeben ist. Außerdem begrüßen wir, dass durch das vereinheitlichte Verfahren die Beschäftigten in den Kommunen von Verwaltungsaufwand entlastet werden und hoffen, dass es auch für die Beschäftigten im Öffentlichen Gesundheitsdienst ab jetzt einfacher wird, sich weiterzubilden.

Wir stimmen diesem Gesetzentwurf gerne zu.